

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Platz 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Ich bin gesetzlich krankenversichert und lebe in Bayern. Ich zahle den höchsten Krankenversicherungsbeitrag aller Zeiten und muß gleichzeitig erleben, wie die Gesundheitspolitik Ihrer Koalitionsregierung meine ambulante ärztliche Versorgung gefährdet, indem sie die Arztpraxen ruiniert und unser vormals so leistungsfähiges Gesundheitssystem zerstört.

Nehmen sie deshalb bitte zur Kenntnis:

1. Ich möchte, daß meine ambulante medizinische Behandlung weiterhin in wohnortnahen, haus- und fachärztlichen Praxen erfolgt. Die Konzentration besonders der fachärztlichen Medizin in Polikliniken und Medizinischen Versorgungszentren lehne ich ab, weil das für mich weitere Wege, längere Wartezeiten, Ausdünnung des Versorgungsangebots und fehlende ärztliche Betreuung im Alter und bei Immobilität bedeutet.

2. Ich möchte mir meine behandelnden Ärzte selbst aussuchen. Ich lege Wert auf eine kontinuierliche Betreuung durch „meinen“ Hausarzt und „meine“ selbstgewählten Fachärzte. Sie kennen mich und meinen Gesundheitszustand am besten. Gerade für chronisch Kranke ist dieses besondere Vertrauensverhältnis wichtig. Die unpersönliche Behandlung in Medizinischen Versorgungszentren durch wechselnde ärztliche Ansprechpartner lehne ich ab.

3. Ich möchte, daß meine ärztliche Betreuung ausschließlich in der Verantwortung von unabhängigen Ärzten bleibt. Profitorientierte Gesundheitskonzerne, denen es vorrangig um Gewinnmaximierung und nicht um meine individuellen Bedürfnisse als Patient geht, lehne ich ab. Ich fordere von Ihnen ein **klares Bekenntnis zur Freiberuflichkeit der Ärzte und eine Absage an die Kommerzialisierung unseres Gesundheitssystems.**

4. Ich möchte wissen, was mit meinem Versicherungsbeitrag finanziert wird. Die Verwendung meines Beitrags für unsinnige Werbung, Fitnesskurse, Wellnessangebote, Bauchtanz, Bonuszahlungen und Callcenter-Betreuung lehne ich ab. Ich fordere deshalb, daß die Gesetzlichen Krankenkassen die Verwendung der Versichertengelder lückenlos und nachvollziehbar ausweisen müssen.

5. Ich bin nicht damit einverstanden, daß wir Versicherten in Bayern am meisten in den Gesundheitsfonds einzahlen, unseren Ärzten am Ende aber weniger Geld für unsere Behandlung zur Verfügung steht, als in den vom Transfer begünstigten Ländern. Ich fordere deshalb die Abschaffung des Gesundheitsfonds.

Frau Schmidt ist seit neun Jahren Bundesgesundheitsministerin. Sie ist hauptverantwortlich für die Demontage unseres Gesundheitssystem und für das Scheitern dieser und der vorangegangenen Gesundheitsreformen. Aber Ihre Partei, die CDU, hat diese Politik in den vergangenen vier Jahren mitgetragen. **Sie als Kanzlerin haben die Richtlinienkompetenz. Ich fordere Sie deshalb auf, die falsche Weichenstellung in der Gesundheitspolitik zu korrigieren. Außerdem möchte ich vor der Bundestagswahl wissen, wofür die CDU in der Gesundheitspolitik steht.**

Name

Vorname

Straße

PLZ

Wohnort

Unterschrift